

II-2457 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 16. Juni 1977  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/22-1/77

1129/AB  
1977 -06- 17  
zu 1120/J

### B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. WIESINGER  
und Genossen an die Frau Bundesminister für  
Gesundheit und Umweltschutz betreffend die  
Erarbeitung eines Entwurfes für ein Spitals-  
finanzierungsgesetz (Nr. 1120/J-NR/1977)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende  
Fragen gerichtet:

- "1) Bis wann wird das Bundesministerium für Gesund-  
heit und Umweltschutz den Entwurf eines Spitals-  
finanzierungsgesetzes, mit dem sowohl ein  
definitives Finanzierungskonzept als auch die  
gesetzliche Regelung der Planungstätigkeit  
fixiert werden soll, zur Begutachtung versenden?
- 2) Welche Gründe waren dafür maßgeblich, daß die  
Forderung nach gesetzlichen Regelungen von  
Finanzierung und Planung des Spitalswesens  
seitens des Bundesministeriums für Gesundheit  
und Umweltschutz, bisher noch nicht erfüllt  
worden ist?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

- 2 -

Gemäß Art. 10 Abs. 1 Z. 12 in Verbindung mit Art. 12 Abs. 1 Z. 1 B-VG sind die Angelegenheiten der Heil- und Pflegeanstalten - mit Ausnahme der sanitären Aufsicht - Bundessache in der Grundsatzgesetzgebung, Landessache in der Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung. Gemäß § 2 des Finanzverfassungsgesetzes 1948 haben die Gebietskörperschaften den Aufwand zu tragen, der sich aus der Besorgung ihrer Angelegenheiten ergibt. Da die Angelegenheiten der Heil- und Pflegeanstalten in der Vollziehung Sache der Länder sind, ist auch die Finanzierung der Krankenanstalten Sache der Länder.

Ungeachtet der vorstehenden verfassungsrechtlichen Regelung hat es der Bund übernommen, gemäß den §§ 12 und 13 des Finanzverfassungsgesetzes Zweckzuschüsse zum Betriebsabgang zu gewähren.

Wie ich bereits anlässlich der Beantwortung einer Anfrage der Abg. Dr. WIESINGER, Dr. KOHLMAIER, Dr. Marga HUBINEK, VETTER und Genossen vom 4. November 1976 dargelegt habe, bedarf es des Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Sozialversicherungsträgern, um eine allen Bedürfnissen gerechtwerdende Lösung des Spitalsproblems zu finden.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß derzeit Gespräche zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherungsträgern über die Fragen der Finanzierung der Krankenanstalten unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers stattfinden. An diesen Gesprächen nimmt auch Herr Abgeordneter Dr. WIESINGER, der Erstunterzeichner der gegenständlichen Anfrage, teil.

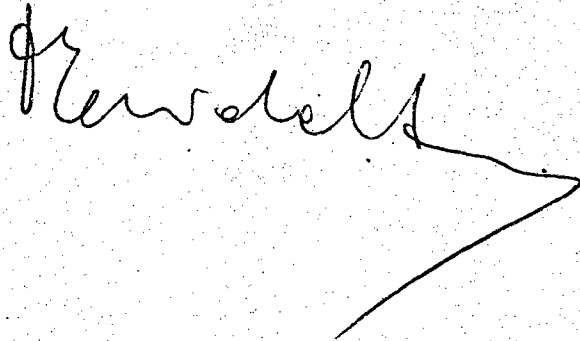
- 3 -

Bei diesen Gesprächen über die künftige Finanzierung und Rationalisierung des Spitalswesens zeichnet sich eine Annäherung der Standpunkte ab.

Wenn diese Gespräche zu einem einvernehmlichen Abschluß gelangt sein werden, wird es möglich sein, die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen zu treffen.

Soweit das nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen bereits abgesehen werden kann, sollen diese Maßnahmen im Rahmen einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 15a Bundes-Verfassungsgesetz getroffen werden.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Franz Olah', with a long, sweeping horizontal stroke extending to the right.